

Grüne halten an Gesellschaft fest

Günstigen Wohnraum auf Initiative des Kreises zu schaffen, bleibt aus Sicht der Öko-Partei der richtige Weg

Lüneburg. Angestoßen von den hauptamtlichen Bürgermeistern im Landkreis will Landrat Manfred Nahrstedt dem Lüneburger Kreistag vorschlagen, die Pläne für eine Kreissiedlungsgesellschaft (KSG) fallen zu lassen. Das dafür vorgesehene Geld könne stattdessen in den Ausbau der Kindertagesstätten gesteckt werden (LZ berichtete).

Während SPD und CDU dem Vorstoß positiv gegenüberstehen, verfolgen die Grünen laut Fraktionssprecherin Petra Kruse-Runge „die Diskussion mit großem Befremden“. In Zeiten zunehmender Wohnungsnot, die in vielen Bevölkerungsschichten zu spüren sei, könne eine Kreissiedlungsgesellschaft helfen, günstigen Wohnraum zu schaffen. „Nach nur einem Jahr ist es viel zu früh, sich von der Idee schon wieder kleinmütig zu ver-

abschieden“, sagt Kruse-Runge.

Die geplante KSG hätte weitreichenden Einfluss auf die bauliche Gestaltung und Mietpreise. Zudem sei eine Förderung von 80 Prozent der Baukosten durch die NBank möglich. „Die Gemeinden sind aufgerufen, einen konstruktiven Beitrag zu leisten, um den Bedarf ihrer Bürger nach bezahlbarem Wohnraum zumindest im Ansatz zu decken“, sagt Kruse-Runge, und der stellvertretende Fraktionschef Rolf Rehfeldt ergänzt: „Über die finanzielle Ausstattung und über organisatorische Details muss vielleicht noch einmal geredet werden.“ Die Zahlen der vom Kreis in Auftrag gegebenen Wohnraumstudie hätten einen enormen Bedarf an preiswerten Single- und Senioren-Wohnungen gezeigt. „Diese Zahlen sind doch nicht plötzlich falsch“, sagt Rehfeldt. lz